

„Verantwortung Deutschlands in der Welt“ - Hintergrund und ausgewählte Reaktionen aus Zivilgesellschaft, Friedensforschung und Entwicklungspolitik

Bei der Münchener Sicherheitskonferenz haben Bundespräsident Gauck, Bundesaußenminister Steinmeier und Bundesverteidigungsministerin von der Leyen eine öffentliche Debatte zur Realisierung deutscher außenpolitischer Verantwortung angestoßen.

Bundesaußenminister Steinmeier hat am 28.2.2014 dazu die Initiative „Review 2014 – Außenpolitik Weiter Denken“¹ gestartet. Die Initiative soll eine breite, öffentliche Debatte über „Bedingungen und Perspektiven deutscher Außenpolitik“ organisieren.

Der folgende Text ist ein Einstieg in die Diskussion zur aktuellen Debatte über die „Verantwortung Deutschlands in der Welt“ in der Plattform Zivile Konfliktbearbeitung. Wir erläutern Hintergründe und Aussagen der Reden von Bundespräsident Gauck, Bundesminister Steinmeier und Bundesministerin von der Leyen und dokumentieren ausgewählte Reaktionen aus Zivilgesellschaft, Friedensforschung und Entwicklungspolitik. Die Plattform Zivile Konfliktbearbeitung, in der wir mitarbeiten, sollte sich aktiv in die gesellschaftliche und politische Debatte einbringen. Möge das Papier dazu dienen, Eckpunkte für die Positionierung der Plattform Zivile Konfliktbearbeitung zu gewinnen.

1. Reden bei der 50. Münchener Sicherheitskonferenz am 31.1. und 1.2.2014²

Gauck: "Wir fühlen uns von Freunden umgeben, wissen aber kaum, wie wir umgehen sollen mit diffusen Sicherheitsrisiken wie der Privatisierung von Macht durch Terroristen oder Cyberkriminelle. Wir beschweren uns, zu Recht, wenn Verbündete bei der elektronischen Gefahrenabwehr über das Ziel hinausschießen. Und doch ziehen wir es vor, auf sie angewiesen zu bleiben, und zögern, eigene Fähigkeiten zur Gefahrenabwehr zu verbessern."

Steinmeier: „Der Einsatz von Militär ist ein äußerstes Mittel. Bei seinem Einsatz bleibt Zurückhaltung geboten. Allerdings darf eine Kultur der Zurückhaltung für Deutschland nicht zu einer Kultur des Heraushaltens werden. ... Entscheidend ist ..., dass wir ... darüber nachdenken, wie wir den Instrumentenkasten der Diplomatie ausstatten und für kluge Initiativen nutzbar machen."

Von der Leyen: "Und diese Krisen und Konflikte appellieren an unser humanitäres Gewissen, nicht diejenigen im Stich zu lassen, die am meisten leiden. Daher ist Abwarten keine Option. Wenn wir über die Mittel und Fähigkeiten verfügen, dann haben wir auch eine Verantwortung, uns zu engagieren. Verstehen Sie mich nicht falsch: Dies bedeutet nicht, dass wir dazu tendieren sollten, unser ganzes militärisches Spektrum einzusetzen – auf keinen Fall."

¹ www.auswaertiges-amt.de/DE/.../2014/140228-Review_2014.html; zur Genese dieser Reden und auch zum Papier SWP/GMF (Punkt 3) siehe DIE ZEIT, „Kurs auf die Welt“ Sicherheitspolitik- Abrüstung, 5.2.2014

² Alle Reden siehe www.securityconference.de

2. Quelle der neuen Debatte ist die Studie „Neue Macht – Neue Verantwortung – Elemente einer deutschen Außen – und Sicherheitspolitik für eine Welt im Umbruch“ der Stiftung Wissenschaft und Politik (SWP) und des German Marshall Fund of the United States (GMF)

Diese Studie ist das Ergebnis des Projekts „Elemente einer außenpolitischen Strategie für Deutschland“ der Stiftung Wissenschaft und Politik (SWP) und des German Marshall Fund of the United States (GMF).³ Sie diskutiert leitende Grundsätze einer neuen deutschen Außen- und Sicherheitspolitik als Teil der sich wandelnden internationalen Ordnung und einer wachsenden Bedeutung Deutschlands.

Zu militärischen Einsätzen sagt sie: „Da aber, wo Störer die internationale Ordnung in Frage stellen; wo sie internationale Grundnormen (etwa das Völkermordverbot oder das Verbot der Anwendung von Massenvernichtungswaffen) verletzen; wo sie Herrschaftsansprüche über Gemeinschaftsräume oder die kritische Infrastruktur der Globalisierung geltend machen oder gar diese angreifen; wo mit anderen Worten Kompromissangebote oder Streitschlichtung vergeblich sind: Da muss Deutschland bereit und imstande sein, zum Schutz dieser Güter, Normen und Gemeinschaftsinteressen im Rahmen völkerrechtsgemäßer kollektiver Maßnahmen auch militärische Gewalt anzuwenden oder zumindest glaubwürdig damit drohen zu können.“ (S.17)

In einer Linie damit kritisiert der Journalist Dr. Jochen Bittner (DIE ZEIT), Teilnehmer des Projektes, in der „New York Times“ vom 5.11.2013 unter der Überschrift „Rethinking German Pacifism“⁴ die Kultur der militärischen Zurückhaltung“ Deutschlands in Libyen und Mali: „But the Germany of today is a different country from the one of 1914 or of 1939. Instead, that history has become an excuse for not doing the right things today. ... Pacifism, sometimes in a self-righteous manner, has become part of the German DNA.... The way out of this dilemma has reverted to the simple formula of the Cold War: Let others do it. Or let them not do it. For the foreseeable future, don't count on us Germans. We'll count on you.”

Eine kritische Reaktion auf den Beitrag von Jochen Bittner haben Hans Christoph von Sponeck, Peter Strutynski und Clemens Ronnefeldt verfasst.⁵

3. Koalitionsvertrag CDU/CSU und SPD vom 27.11.2013

Der Koalitionsvertrag bietet einige Anknüpfungspunkte zur Debatte. Unter dem Titel „Verantwortung in der Welt“ heißt es:

„Deutschland stellt sich seiner internationalen Verantwortung. Wir wollen die globale Ordnung aktiv mitgestalten. Dabei lassen wir uns von den Interessen und Werten unseres Landes leiten. Deutschland setzt sich weltweit für Frieden, Freiheit und Sicherheit, für eine gerechte Weltordnung, die Durchsetzung der Menschenrechte und die Geltung des Völkerrechts sowie für nachhaltige Entwicklung und Armutsbekämpfung ein.

Wir stehen bereit, wenn von unserem Land Beiträge zur Lösung von Krisen und Konflikten erwartet werden. Dabei stehen für uns die Mittel der Diplomatie, der friedlichen

³ www.swp-berlin.org/.../DeutAussenSicherhpol_SWP_GMF_2013.pdf

⁴ www.nytimes.com/2013/11/05/opinions/bittner-rethinking-german-pacifism

⁵ A response to Rethinking German Pacifism“, www.forusa.org/blogs/for-germany/response-rethinking-german-pacifism

Konfliktregulierung und der Entwicklungszusammenarbeit im Vordergrund. Wir stehen für Verlässlichkeit und Bündnistreue. Wir wollen ein guter Partner bei der Gestaltung einer gerechten Weltordnung sein.“

Die Plattform Zivile Konfliktbearbeitung und einige ihrer Mitglieder haben Bewertungen des Koalitionsvertrags aus friedenspolitischer Perspektive veröffentlicht. Gemeinsam ist den Stellungnahmen die Einschätzung, der Koalitionsvertrag enthalte zwar Ansatzpunkte für eine Stärkung ziviler Krisenprävention, doch zugleich böten Aussagen zur Bundeswehr, zu Rüstungsexporten und zur Werbung der Bundeswehr an Schulen Anlass zur Kritik.⁶

4. Reaktionen aus Zivilgesellschaft und Friedensforschung⁷

Die zahlreichen Reaktionen auf die Münchner Reden aus Zivilgesellschaft, Friedensforschung und Entwicklungspolitik lassen sich in den folgenden Aussagen zusammenfassen:

1. Deutsche Außen- und Sicherheitspolitik hat sich an den Grundsätzen der Charta der Vereinten Nationen, insbesondere Artikel 2, Absatz 4, zur Unterlassung einer „Androhung oder Anwendung von Gewalt“ und dem Friedensgebot des Grundgesetzes zu orientieren, die beide die Lehren aus zwei katastrophalen Weltkriegen verinnerlichen.⁸ **„Außenpolitik ist in erster Linie zivile Krisenprävention, Ursachenbekämpfung und Konfliktbewältigung unter Einschluss der Entwicklungszusammenarbeit“.**⁹

2. Der 13 Jahre währende Einsatz der Bundeswehr in Afghanistan hat keine überzeugenden Kriterien für die Bestimmung von deutschen Interessen bei zukünftigen Einsätzen der Bundeswehr und der NATO, auch nicht für militärische Einsätze in prekären Staaten geliefert. Lehren aus dem Afghanistan-Einsatz sind bisher öffentlich nicht gezogen worden. **Eine verantwortliche deutsche Außenpolitik sollte aber ihre Interessen, Mittel und Ziele definieren.**¹⁰

3. Die bisherigen Einsätze der Bundeswehr zur Unterstützung der französischen Truppen und der der Afrikanischen Union in Afrika (Mali, Zentralafrikanische Republik sowie möglicherweise in Somalia (Stand 6.3.2014) legen nahe, Deutschland betreibe eine Strategie der militärischen „Ertüchtigung“ mit der Begründung „Hilfe zur Selbsthilfe“, wie sie schon im Falle von Rüstungsexporten an „Gestaltungsmächte“ (Indonesien, Saudi-Arabien) ausgeführt

⁶ Ulrich Frey/Plattform Zivile Konfliktbearbeitung
http://konfliktbearbeitung.net/sites/default/files/Frey_Koalitionsvertrag%20CDU-CSU-SPD%202013.pdf;

Forum Ziviler Friedensdienst:
http://www.forumzfd.de/sites/default/files/downloads/forumZFD%20zum%20Koalitionsvertrag_zivile%20Krisenpr%C3%A4vention%20gest%C3%A4rkt.pdf;

Bund für soziale Verteidigung: <http://www.soziale-verteidigung.de/fileadmin/dokumente/infomaterialien/Koalitionsvertrag.pdf>

⁷ Siehe ergänzend: Stellungnahme des Sprecher/innen-Rates der Plattform Zivile Konfliktbearbeitung „Friedenslogik statt Sicherheitslogik soll Deutschlands Politik bestimmen vom 5.3.2014; Friedenspolitische Forderungen der Plattform Zivile Konfliktbearbeitung zur Bundestagswahl 2013: „Friedenslogik statt Sicherheitslogik soll Deutschlands Politik bestimmen“, www.konfliktbearbeitung.net, und „Verantwortung für die Entfaltung friedenspolitischer Kooperation übernehmen – ein Friedensdekalog als Antwort auf den Bundespräsidenten“, Pressemitteilung der Kooperation für den Frieden vom 4.2.2014, www.koop-frieden.de

⁸ Siehe aus der Debatte: Hans Christoph von Sponeck, Peter Strutyński, Clemens Ronnefeldt, A response to Rethinking German Pacifism“, www.forusa.org/blogs/for-germany/response-rethinking-german-pacifism

⁹ Siehe Rolf Mützenich, Gemeinsame Erklärungen reichen nicht aus, in: Internationale Politik und Gesellschaft, www.ipg-journal.de/kolumne/artikel/gemeinsame-erklarungen

¹⁰ Conrad Schetter, Die neue deutsche Außenpolitik: Verantwortung und Interessen, Kommentar, www.bicc.de

wurde. **Eine notwendige, vorrangig zivile, auch entwicklungspolitisch abgestimmte Gesamtstrategie¹¹ ist nicht erkennbar.**

3. Deutschland ist Mitglied der multilateral agierenden Europäischen Union. Deren Gemeinsame Außen- und Sicherheitspolitik (GASP) und Gemeinsame Sicherheits- und Verteidigungspolitik (GSVP) ist nur unzureichend im Sinne einer Friedenslogik konzipiert. **Es gibt keine tragfähigen gemeinsamen Interessen und Vorstellungen einer Zivilmacht Europa. Es mangelt am Aufbau von zivilen Kapazitäten sowie an Abrüstung in Europa einschließlich der Einstellung bzw. Verminderung von Rüstungsproduktion und Rüstungsexporten.**

4. Die in den Verteidigungspolitischen Richtlinien (2011) aufgeführten „Risiken und Bedrohungen“ bieten wegen ihrer Breite und im Einzelnen wegen der engen Definition von Interessen, z.B. zur Sicherung von Transportwegen und der Rohstoff- und Warenströmen, keine Aussicht auf Erfolg für den Einsatz von militärischen Kräften. **Die im Koalitionsvertrag festgelegte Überprüfung der Sicherung der Parlamentsrechte (Parlamentsarmee) und zur Beschaffung von Kampfdrohnen schließt eine Schwächung der zivilen Linie nicht aus.** Ein fortdauernder friedenspolitischer Skandal sind die deutschen Rüstungsexporte.

Köln/ Bad Honnef, 10. März 2014

gez. *Christoph Bongard* (Kontakt: bongard@forumZFD.de),
gez. *Ulrich Frey* (Kontakt: ulrich.frey@web.de)

¹¹ Siehe Jörn Grävingholt, „Mehr Verantwortung“ in der Welt – die größten Herausforderungen sind nicht militärischer Natur, www.die-gdi.de/die-aktuelle-kolumne/article/.....; Julia Leininger, Mehr Einsatz in Afrika, www.die-gdi.de/die-aktuelle-kolumne/article/.....